

Posen-Zeitung

Hundertunddritter Jahrgang.

Mr. 400

Die „Posener Zeitung“ erscheint täglich drei Mal,
an Sonn- und Feiertagen folgenden Tagen jedoch nur zwei Mal,
an Sonn- und Feiertagen ein Mal. Das Abonnement beträgt vierthalb
Mark 4,50 M. für die Stadt Posen, für ganz
Preußenland 5,45 M. Bestellungen nehmen alle Postämter
der Zeitung sowie alle Postämter des Deutschen Reichs an.

Mittwoch, 10. Juni.

1896

Deutscher Reichstag.

100. Sitzung vom 9. Juni, 2 Uhr.

(Nachdruck nur nach Ueberentkommen gestattet.)

Anlässlich der hundertsten Sitzung prangt auf dem Tische des Präsidenten ein großer Blumenstrauß.

Präsident v. Busch: Ich möchte zuerst meinen besten Dank aussprechen für die schöne Überraschung, die mir unabschließend von den Schriftführern zur Feier des heutigen Tages geworden ist. Den schönen Strauß will ich als Bewahrer und Hüter entgegennehmen, ich widme ihn aber den Herren vom Reichstag und allen demjenigen Herren vom Bundesrat, die uns bei unserer Arbeit so thätig unterstützt haben. (Heiterkeit.)

Abg. Dr. Bachmeyer (Freit. Ver.): An der gestrigen Verhandlung war uns das Interessanteste die Rede des Prinzen Hohenlohe. Er, der in so engen Beziehungen zu der leitenden Stelle steht, hat genau dasselbe gegen die Vorlage gesagt, was, wenn wir es gehörten hätten, uns sicher wieder die befannen Vorwürfe vom 1. Mai Manchesterthum eingetragen hätte. Die Regierung selbst hält ja keine besondere Begeisterung für diese Vorlage und wählt die Verantwortung auf den Reichstag. Herr v. Bötticher verspricht, das Detailreisen zu schützen, so lange es wirtschaftlich berechtigt und gefund ist. Was heißt denn das? Man sollte doch, um dies festzustellen, eine Enquete veranstalten. Das Detailreisen ist heute eine wirtschaftliche Notwendigkeit, heute genügt es nicht bloß, die Waren zu produzieren, man muss sie auch vertreiben. Die Vorlage ist von den Büttstern unter Kaufleuten ausgegangen, die Agrarier vom Landestisch verlangen, dass der Staat ihnen die Konkurrenz tödtlicht. Es darf aber nicht Aufgabe des Staates sein, sich in den Konkurrenzkampf der einzelnen Geschäfte einzumischen und das eine zu Gunsten des anderen zu benachtheiligen. Berücksichtigen Sie doch die zahlreichen Petitionen, die gegen das Gesetz an uns gelangt sind, gegenüber dieser Fülle von Material können allgemeine Redensarten vom Schutz des Mittelstandes nicht befehlen. Das laufende Publikum verlangt ganz und gar nicht nach dem Gesetz. Der Großbetrieb allerdings wird die Bestimmungen des Gesetzes leicht umgehen können, der kleine Geschäftsmann aber wird schweren Schaden erleiden oder ganz zu Grunde gehen. Es liegen bereits 34 Anträge vor, dies beweist doch, wie viel Unsicherheit auf diesem Gebiete herrscht, und wie groß die Meinungsverschiedenheit unter den Reichstagsabgeordneten ist. Die Folgen des Gesetzes sind noch gar nicht zu übersehen, daher auch der wiederholte Appell an den Bundesrat. Denn wenn man im Reichstag nicht weiter kann, dann ruft man den hohen Bundesrat an. Meine politischen Freunde werden an dem Gesetz zu mildern suchen, so viel möglich. Schließlich aber werden wir das ganze Gesetz ablehnen. (Beifall links.)

Abg. Jacobsschöffer (kont.): Die eine große Überraschung hat uns generell die Rede des Abg. Bassermann bereitet, es hat uns sehr gewundert, dass die Nationalthaleren sich auf einmal für das Detailreisen erklärt. Nachlose Hoffnungen haben wir nie-mals auf dieses Gesetz gesetzt. Noch mehr überrascht hat uns aber die Rede des Prinzen Hohenlohe. (Sehr richtig! rechts.) Der Standpunkt des Prinzen Hohenlohe entspricht der Auffassung der früheren Zeit, dass der Staat nur die Rolle des Nachwächters spielen solle (Gefährter links). Prinz Hohenlohe hat die Worte unseres größten Staatsmannes travestirt, indem er sie auf die Detailreisenden anwendete. Wenn der Abg. Fischer von kleinen Kämmern spricht, so wundert mich dies nicht. Nach der Ansicht der Herren in den Handelskammern singt ja der Kaufmann erst beim Millionär an. (Sehr wahr! rechts.) Die Rede des Abg. Fischer stand auf derselben Höhe wie der Ausdruck des Handelsministers von Berlepsch, dass der Haufstrier ebenso viel werth sei, wie der sechste Kaufmann. Der Haufstrier ist aber ein ganz anderes Element als der lebhafte Kaufmann. Um die Waren umherzutragen und sie bald hier und bald dort anzubieten, dazu gehört allerdings eine gewisse Natur, und die hat nicht jeder. (Sehr richtig! rechts.) Der lebhafte Kaufmann ist gerade der Träger der Intelligenz des Mittelstandes und in den kleinen Städten auch der Haufstrierträger. Der lebhafte Kaufmannstand protestiert dagegen, mit dem Haufstrier auf eine Stufe gestellt zu werden. (Befürchtung rechts.) Die Petitionen gegen die Vorlage sind meist von Leuten wie Cohn, Löwenfeld u. s. w. unterzeichnet. Der Gewerbestand will keine Nebengaben, sondern nur eine bessere Ordnung. Denn die bisherige Gewerbefreiheit ist geradezu zur Freiheit geworden. (Beifall rechts.)

Abg. Frhr. v. Stumm (Reichsp.): Die Mehrheit des Reichstages will auch jetzt nichts anderes als den Schutz des wirtschaftlichen Schwächeren. Es löst sich nicht bestreiten, dass das Detailreisen für kleine Kaufleute und Handwerker von dem allergrößten Nachteil ist. Doch will ich auch hier nicht bestreiten, dass man das Kind mit dem Bade ausschüttet. Man beruft sich auf die zahlreichen Petitionen, unter denen sich auch solche von Handelskammern befinden. Ich bin auch Mitglied einer Handelskammer. Ganz ohne mein Zutun nun hat meine Handelskammer in Saarbrücken (Burk. links) „Mein e. Handelskammer!“ Große Heiterkeit! eine Versammlung einberufen, in der beschlossen wurde, mich zu ersuchen, hier für das absolute Verbot des Detailreisens einzutreten. Die Petitionen gegen das Gesetz an sich beweisen noch nichts, wir alle wissen doch, wie solche Petitionen gemacht werden. Ich sehe mir immer den Inhalt der Petitionen an. Die kleinen „Kämmern“, von denen man so verzückt spricht, sind sehr ehrenwerte Leute, z. B. invalide Bergleute oder Witwen, die sich redlich durchschlagen müssen. Unser Antrag will das Detailreisen überall dort gestatten, wo das Publikum selbst es wünscht, und es dort verbieten, wo es nicht gewünscht wird. Der Abg. Richter hat uns, wie ich annehme, die Arbeit leicht gemacht, indem er verschiedene Anträge, die von anderer Seite gestellt sind, zusammengefasst hat. Woer sein Antrag umfasst eben auch alles, was von Detailreisenden überhaupt vertrieben wird.

Württembergischer Bundesbevollmächtigter v. Schicker: Es handelt sich hier nicht um ein Verbot, sondern nur um eine Beschränkung des Detailreisens. Das Detailreisen wollen wir Niemand verbieten. D. r. soll nach wie vor seine Kunden besuchen dürfen. Der Detailreisende, der doch dasselbe wie der Haufstrier

thut, aber keinen Wandergewerbeschein und keine lokalen Steuern zahlt, soll dieser Privilegien entledigt werden. Auch freilichtige Versammlungen haben sich für eine Beschränkung des Detailreisens ausgesprochen. Die Petitionen, die gegen diese Bestimmungen eingelaufen sind, beweisen nur, dass große Missverständnisse über dieses Gesetz in Umlauf sind.

Abg. Richter (Freit. Vpt.): In der jüngsten Zeit hat man von den verschiedenartigsten Überschwemmungen gesprochen, von Überschwemmungen mit Getreide und mit ausländischem Vieh. Dem Abg. Jakobsschöffer bleib es vorbehalten, eine Überschwemmung mit Detailreisenden zu konstatiren. Ich kann mir eine solche ebenso wenig vorstellen, wie eine Überschwemmung mit Schnellern. Der Abg. Jakobsschöffer ist ja kein Detailreisender; er hat auch keinen Wandergewerbeschein, aber er ist doch der fleißigste Wandergedreher, den die Konkurrenz bestehen. Ich kenne daher schon seine Reden aus den Zeitungsberichten ganz genau, nach denen die Gewerbefreiheit zu einer Gewerbefreiheit ausgewachsen ist und den Nutzen unserer Zeit darstellt. Die Gewerbefreiheit ist aber eine der ältesten Errungenschaften unseres Jahrhunderts, der Gewerbefreiheit unserer Zeit steht thurmhoch über der Zeit der Bündner und des Befreiungskriegs. Auch die große Masse des Volkes ist heute unendlich viel besser versorgt als früher. Wenn Sie das nicht glauben wollen, so gehen Sie in die Gewerbeausstellung, dort werden Sie sich belehren müssen und Abbitten tun für all die Angriffe, die Sie gegen die Gewerbefreiheit und die Kulturentwicklung unserer Zeit gerichtet haben. (Beifall links.) Jede Art von Handelsbetrieben achte ich gleich hoch, Kleinvändler, Krämer, Haufstrier, Detailreisende und lebhafte Ladenbesitzer. Auch aus der Klasse der Haufstrier und Detailreisenden sind schon renommierte Kaufleute hervorgegangen. (Sehr wahr! links.) Aber das Ideal des lebhaften Kaufmanns auf der rechten Seite steht mit orientalischen Ursprüngen zu sein. Ihnen schwebt als Ideal der Türke vor, der mit untergeschlagenen Beinen, also allerdingss lebhaft, in seinem Laden sitzt (Heiterkeit), seine Peitsche raucht und wartet, bis die Kunden kommen, im Übrigen aber nicht zu dringlich ist (Heiterkeit), dafür aber um so unsozialer um den Preis der Ware feilscht. Ein anderes Ideal schwebt dem Freiherrn v. Stumm vor: der invalide Bergmann, die zurückgebliebene Witwe, die sich durch den Kleinhandel ernährt. Alle Achtung vor diesen Leuten, aber sind die Detailreisenden denn deren Konkurrenten? Freiherr v. Stumm sprach von meinem Register der Ausnahmen, welches alle Gegenstände der Detailreisenden fast erschöpft. Aber kauft das Publikum aus den Kleinhandlungen der invaliden Bergleute denn die Gegenstände des Weinhandels, Baumaterialien, Musikinstrumente, Möbelausstattungen? Es ist gezeigt, die Bewegung gegen dieses Gesetz sei entstanden aus dem Missverständnis eines Verbots des Detailreisens überhaupt. O nein, als Haufstrier kann der Detailreisende auch fernerhin arbeiten. Aber allen Personen unter 25 Jahren soll solches Detailreisen hier zugleich mit dem Haufstrier verboten werden. Der Detailreisende soll die Steuer des Haufstrier bezahlen, die in Preisen für jeden Wandergewerbeschein bis 48 Mark jährlich beträgt. Die Steuer ist zu bezahlen für den Namen jedes einzelnen Reisenden. Kleinhändler-Direktor Schidert meinte, andererseits habe der Detailreisende ein Privilegium vor dem Haufstrier. Nein, Haufstrier und Detailreisende sind ganz verschiedene Dinge. Der Haufstrier führt die Waren mit sich und empfängt zugleich den Preis. Hat der Käufer sich in der Beurtheilung der Ware und des Preises geirrt, so hat er seinen Schaden davongetragen. Wenn aber der Detailreisende späterhin nicht nach Muster liefert, so braucht der Kunde nicht zu bezahlen. Darin liegt ein außerordentlicher Schutz für das Publikum gegenüber den Haufstieren. Redner zittert aus der preußischen Geschichte die wiederholten Versuche, die Geschäftsbetreibende gleichzustellen mit den Haufstieren, immer wieder hat man diese Bestimmungen abgeändert, da sie zu großen Unzuträglichkeiten

führen. Die neuen Handelsverträge setzen dem Verbot des Detailreisens Schranken. Der Detailreisende kann keine Waren bei Kaufleuten anbieten, auch wenn diese mit solchen Waren nicht handeln. Er kann also dem Kaufmann Weinproben anbieten, aber wenn auf demselben Flur ein Geheimrat wohnt und er sich an der Klingel vergreift und seine Offerte macht, so macht er sich strafbar (Heiterkeit). Herr v. Stumm sagte, man müsste die Petitionen darauf prüfen, ob sie neue sachliche Gründe vorbrachten. Man haben aber gerade die Petitionen, die gegen die Beschlüsse der zweiten Besetzung ergangen sind, ein rechtshaltiges neues Material ergeben, und habe dargetan, dass die Detailreisenden keineswegs, wie Herr v. Stumm meinte, alle gleiche Brüder seien, denen gleiche Rappen geführt. Gegenüber all solchen thatlichen Ausführungen hat man sich hier nur in den allgemeinen Redensarten des großen Senators v. Giphorn bewegt (Heiterkeit links). Als Minister v. Bötticher gestern über meinen Antrag auf Berichtigung einer Enquete sprach, hatte ich den Eindruck, dass es seit Beginn der Verhandlungen über diese Frage kein Gesprächsreich erweitert und zur Erkenntnis gekommen ist, wie verschieden die Wirkungen des Verbots des Detailreisens sich äußern müssen. Er selbst erkannte an, dass es Handel und Gewerbe giebt, die das Detailreisen nicht entbehren können. Herr v. Bötticher verlangt Vertrauen für den Bundesrat, der für jeden einzelnen Geschäftszweig Untersuchungen anstellen und Ausnahmen gestatten werde. Warum sollen aber solche Enqueten nur für den Bundesrat stattfinden und nicht unter Kontrolle auch des Reichstags? Warum soll der Bundesrat die Entscheidung allein treffen? Die Formulierung eines Gesetzes ist doch nicht schwerer als die einer Verordnung. Diese Materie gehört aber in den Bereich der Gesetzgebung, und der Reichstag sollte nicht fortwährend abdanken durch Erhebung von Vollmachten an den Bundesrat. Wozu giebt es denn überhaupt eine Volksvertretung? Da diesem Punkt habe ich um so weniger Vertrauen zum Bundesrat, als Minister von Bötticher gestern auf die Strömungen in den Parlamenten, den Einzelparlamenten hinwies, welche diese Vorlage veranlaßt hätten. Die Mitglieder des Bundesrates sind über den einzelnen Parlamenten und nicht uns verantwortlich. Dem Bundesrat vertrauen heißt also weiter nichts, als diese Fragen den Strömungen den einzelnen Parla-

menten überlassen. Wie sehr der Reichskanzler solchen Strömungen gefolgt ist, geht aus seiner wiederholt erwähnten Ausführung gegenüber einer Deputation von Detailreisenden hervor. Er wisse auch nicht, wie man zu einem solchen Verbot in dieser Vorlage gekommen sei. Auf diese Frage hat der Reichskanzler gestern eine sehr treffende Antwort erhalten in der Rede seines Herrn Sohnes. Ich gehöre nicht gerade zu den näheren Freunden des Herrn Reichskanzlers (Heiterkeit links), aber ich gönne ihm doch die Vaterfreude, die er bei der Rede von gestern erlebt hat. (Große Heiterkeit links.) Ich hätte nur gewünscht, dass der Reichskanzler selbst sie hier gehört hätte. Ja noch mehr, ich hätte gewünscht, dass der Reichskanzler selber sie gehalten hätte. (Heiterkeit links.) Abgeordneter Heinrich Hohenlohe gab mit Recht die Antwort, nur die allgemeine Strömung gegen die Gewerbefreiheit, das Bestreben, die Gesetzgebung auszubeuten, um die Geschäftstonnenkurve tot zu machen, erklärt die Agitation für diese Vorlage. Freilich, je mehr man diesen Bestrebungen entgegenkommt, desto dreifester und behaglicher werden sie. Ich appelliere nicht an den Bundesrat, sondern an den uns verantwortlichen Herrn Reichskanzler. Ist er überzeugt, dass das Verbot des Detailreisens nicht berechtigt ist, so darf er ein solches Gesetz nicht als Reichskanzler verzeichnen, sondern muss es der Reichsverfassung überlassen, auch den Reichskanzler zu stellen, der für die Ausführung verantwortlich ist. (Sehr wahr! links.) Aber wenn ein solches Gesetz mit dem Namen des Fürsten Hohenlohe publiziert wird, und jeder weiß, dass das Gesetz dem Fürsten Hohenlohe selbst unbegreiflich ist, so muss dies nicht nur politische Verwirrungen hervorrufen, sondern die Autorität der Regierung und des Gesetzes überhaupt untergraben. Nur fragt Herr von Bötticher, wie ich mir den Verlauf einer solchen Enquete im einzelnen denke. Sehr einfach! Es wird sich dabei als bald herausstellen, dass Detailreisende auch Waren vertreiben, die überhaupt keinem Ladenbesitzer Konkurrenz machen. Freiherr von Stumm hat in der zweiten Besetzung auf die Baumaterialien hingewiesen, die durch Detailreisende den Verbrauch auf Substitution angeboten werden, z. B. eiserner Träger. Hier war Freiherr v. Stumm als Sachverständiger von vornherein von der Berechtigung des Detailreisens überzeugt. (Sehr gut! links.) Weiterhin vertreiben die Detailreisenden Waren, die zwar in Läden verkauft werden, aber nicht an den Ottonen, in denen der Detailreisende erscheint. Es gibt viele Ländorote, wo solche Läden nicht vorhanden. Die Verjüngung des platten Landes durch Detailreisende ist um so nothwendiger geworden, je mehr die Sonntagsruhe den Leuten auf dem Lande es erschwert hat, in die Stadt zu kommen. Sodann unterhalten die Fabrikanten selbst Detailreisende. Solche wollen Sie überall die Produzenten in direkte Verbindung mit den Konsumenten setzen, und hier verbieten Sie das Mittelglied dazu, den Detailreisenden. Eine besondere Art der Detailreisenden hat die Aufgabe, nach Maß Bestellungen anzunehmen und darauf die Arbeit auszuführen. Wollen Sie etwa solchen Handwerkern, beispielsweise Schmiedern, verbieten, auch die Muster der Stoffe mitzuführen und selbst zu sehen? Das wäre wenig handwerkerfreundlich. Hier ist der Punkt, wo die Detailreisenden scharfe Konkurrenten der großen Bazaare und Verkaufsgeschäfte sind. In diesem Vollzehr ist der Massenvertrieb nach der Schablone. Die Detailreisenden passen dagegen die Bestellungen dem individuellen Bedürfniss an. Das ist stärkste Volkswerk für das Handwerk in Konkurrenz mit der Großindustrie ist das Arbeiten nach Maß und perloschen Bedürfnissen und gerade dies wollen Sie mit dem Verbot des Detailreisens beklagen. Berücksichtigen Sie doch auch die Verhältnisse der Vororte. Der Berliner Schneider, der nach Charlottenburg kommt und Kunden aufsucht, ist ein Detailreisender, sobald er die andere Seite der Kurfürstenstraße betrifft, die schon zu Charlottenburg gehört. Alsdann verfällt er dem Strafgesetz des Freiherrn v. Stumm. Gesetz, der Berliner Schneider kommt zu einem Charlottenburger auf Bestellung, will er aber in demselben Hause noch einen andern Kunden besuchen, um die Gelegenheit des Weges mitzunehmen, von dem er nicht aufgefordert wird, so verfällt er nach dem Freiherrn v. Stumm wieder der Strafe. Meine Herren! Wiss machen Sie heute für Gesetz! (Große Heiterkeit.) Nebenall ist das Detailreisen an sich schon berechtigt, wo gewisse Spezialartikel in Frage kommen, Artikel, deren Anwendung zu individuellem Gebrauch besondere Sachkenntnis voraussetzt, und die in einem Laden in der Nachbarschaft jedenfalls nicht in entsprechender Auswahl vorhanden sind, Nähmaschinen, Fahrräder, Musikinstrumente u. s. w. So ist es aber auch bei Hochzeitsausstattungen. Will man Auswahl haben, so wendet man sich an ein Handelshaus oder den Detailreisenden. Eine besondere Art der Detailreisenden hat die Aufgabe, nach Maß Bestellungen anzunehmen und darauf die Arbeit auszuführen. Wollen Sie etwa solchen Handwerkern, beispielsweise Schmiedern, verbieten, auch die Muster der Stoffe mitzuführen und selbst zu sehen? Das wäre wenig handwerkerfreundlich. Hier ist der Punkt, wo die Detailreisenden scharfe Konkurrenten der großen Bazaare und Verkaufsgeschäfte sind. In diesem Vollzehr ist der Massenvertrieb nach der Schablone. Die Detailreisenden passen dagegen die Bestellungen dem individuellen Bedürfniss an. Das ist stärkste Volkswerk für das Handwerk in Konkurrenz mit der Großindustrie ist das Arbeiten nach Maß und perloschen Bedürfnissen und gerade dies wollen Sie mit dem Verbot des Detailreisens beklagen. Berücksichtigen Sie doch auch die Verhältnisse der Vororte. Der Berliner Schneider, der nach Charlottenburg kommt und Kunden aufsucht, ist ein Detailreisender, sobald er die andere Seite der Kurfürstenstraße betrifft, die schon zu Charlottenburg gehört. Alsdann verfällt er dem Strafgesetz des Freiherrn v. Stumm. Gesetz, der Berliner Schneider kommt zu einem Charlottenburger auf Bestellung, will er aber in demselben Hause noch einen andern Kunden besuchen, um die Gelegenheit des Weges mitzunehmen, von dem er nicht aufgefordert wird, so verfällt er nach dem Freiherrn v. Stumm wieder der Strafe. Meine Herren! Wiss machen Sie heute für Gesetz! (Große Heiterkeit.) Nebenall ist das Detailreisen an sich schon berechtigt, wo gewisse Spezialartikel in Frage kommen, Artikel, deren Anwendung zu individuellem Gebrauch besondere Sachkenntnis voraussetzt, und die in einem Laden in der Nachbarschaft jedenfalls nicht in entsprechender Auswahl vorhanden sind, Nähmaschinen, Fahrräder, Musikinstrumente u. s. w. So ist es aber auch bei Hochzeitsausstattungen. Will man Auswahl haben, so wendet man sich an ein Handelshaus oder den Detailreisenden überlegend die brauchbaren Master aus einem kleineren Geschäft, dann die Gegenstände, wobei individueller Geschmack in Frage kommt, Wein und Cigarren. Die historische Einrichtung Deutschlands, den Weinhändlern, scheint Sie allemamt doch nicht untergehen lassen zu wollen. (Heiterkeit.) Selbst der Bundesrat will das nicht. (Gesamtung am Bundesratsstuhl.) Für solche Detailreisende in Wein und Cigarren kommen solche Kunden in Betracht von besonders feiner Bunge und feinem Geschmack. Auch hier also spielt die Konkurrenz mit dem einheimischen Ladenbesitzer keine Rolle. Kurzum, eine Enquete über die einzelnen Arten des Detailreisens wird herausstellen, dass der ganze Streit sich überaus vereinfacht, und welchen Standpunkt man auch sonst einnehmen mag, nur ein kleiner Kreis übrig bleibt, über dessen Möglichkeit man zweifelhaft sein kann. Der Herr Minister meint, kein Detailreisender darf ein stehendes Geschäft schädigen. Warum nicht? Alles kommt darauf an, ob das Publikum geschädigt wird. Wenn der Detailreisende für das Publikum nützlicher ist, als das stehende Geschäft, bat das letztere keinen Anspruch, vor der Konkurrenz privilegiert zu werden. Beziehen denn etwa die Inhaber stehender Geschäfte ihre Verkaufsartikel nur aus dem Ort selbst? Nein, diese lassen nicht bloß bei einheimischen Handwerkern arbeiten, sondern laufen dort, wo es am billigsten und besten ist. Und da will man dem Publikum verbieten, unter Umständen auch vor äußerhalb zu beziehen. Durch den Detailreisenden, wenn solches als vorherrschender Händler sich herausstellt? Nun aber die Frage der Kontroll-Kontroll. Heutzutage meint man, es komme nur auf Formulierung des Gesetzes an, nicht auf die Kontrolle der Ausführung. Und doch können die Richter der Kontrolle schlimmer sein,

als das was die Bestimmung an sich gutes bringen kann. (Sehr gut! links). Frhr. v. Stumm will den Detailreisenden nur gestatten, auf vorgängige ausdrückliche Aufforderung Kunden aufzufinden. Frhr. von Stumm erzählt uns, daß er Kundenlang mit den ausgesuchten Juristen verhandelt hat, um den feinen Unterschied zwischen Bestellung und Aufforderung klar zu stellen. (Hellerkeit links) und da mußten Sie nun dem einsockigen Detailreisenden zu, der solchen anzugezeigten juristischen Weisstand nicht hat, diesen Unterschied herauszufinden. Dazu kommt, daß die beiden Gelehrten dieses Antrages Frhr. v. Stumm und Dr. Schödler den Sinn des Antrags ganz entgegengelegt auseinanderstellen. Der eine der beiden Herren erblieb in der Fassung einer Milderung, der andere eine Verschärfung gegen das Recht. (Große Hellerkeit.) Wenn nun diese beiden Herren so weit auseinandergehen, wie soll sich da der Detailreisende und seine Kunden recht finden. Hätte Herr Schödler recht und die Bestimmung wäre eine Verschärfung, so würde der Detailreisende unter größere Einschränkung kommen als der Haustreier, denn dieser kann auf Bestellungen überall ohne Wundergewerbeschein Waaren sellieren. Frhr. v. Stumm meint, der Kunde brauche doch nur ein für alle mal durch Postkarten den Geschäftskreisenden zum gelegentlichen Besuch aufzufordern. Das ist der Standpunkt des reichen Mannes, der immer in der Lage ist, Bestellungen zu machen, aber wenn man erst eine Einladung dorthin untergeschoben hat, und der Detailreisende erscheint darauf, so ist man demselben gegenüber in einer viel weniger günstigen Lage, als wenn er unangemeldet kommt und denselben ohne Bestellung wieder entlässt. Doch ist auch eine mündliche Aufforderung zugelassen. Wann ist aber eine Aufforderung vorhanden? Muß der Detailreisende am Ort erst jemand schicken, um sich die mündliche Aufforderung zum Besuch abholen zu lassen, oder kann er sich diese mündliche Aufforderung auch selbst einholen? Genügt es, wenn er Klingelt und er dem Dienstmädchen, welche die Thür öffnet, seine Geschäftskarte überreicht, und dann der Kunde sagt: Der Inhaber der Karte möge eintragen? (Hellerkeit.) Wie soll sich nun die Polizei verhalten? Ein Musterreisender sieht ebenso aus, wie der andere, mag er nun für Geschäfte oder für private Bestellungen aussuchen. Der Siedarm muß also darauf achten, ob der Reisende in Geschäftsläden oder in Privathäusern eintritt. Sind beide Räume lichkeiten in demselben Hause, so muß er ihm nachfolgen. Tritt der Reisende in einen offenen Flur, so kann ihn der Polizist festhalten und die "Postkarte" des Herrn von Stumm verlangen. (Hellerkeit.) Ist die Thür der Wohnung verschlossen, und der Detailreisende muß erst klingeln, so bleibt dem Siedarm nichts übrig als neben dem Detailreisenden stehen zu bleiben und darauf zu achten, ob er sich etwa einbringt oder erst nach vorheriger Aufforderung durch das Dienstmädchen eintritt. Man sucht jetzt eben große schwere Ausgaben der Gesetzgebung mit Hilfe der Polizei zu erledigen. Damit wird das Feld der Polizeihäufigkeit dorthin erweitert, daß anständige Leute verdrängt werden und die Spitzhaken an deren Stelle treten. (Sehr wahr! links.) Ihre ganze Sozialpolitik läuft auf nichts anderes hinaus als auf eine Anzahl von Polizeimakraten, dem elenden Denunziantenthum wird Vorschub geleistet. Dorthin wollen Sie unter dem Banne "Für Wahrheit, Freiheit und Recht" die elenden Polizeiwirtschaft in Deutschland herbeiführen, die sich überhaupt nur denken läßt. Unter der Firma der Mittelstandspolitik machen Sie Gesetze, die die Feinde des Mittelstandes schlimmer nicht machen könnten. (Lebhafte Beifall links.)

Abg. Gräfe (Antl.) begrüßt die Vorlage als einen erfreulichen Schritt zur Hilfe für den Mittelstand. Wir noch daran gewußt habe, dem hätte die Rebe des Abg. Richter jeden Zweifel nehmen müssen. Der deutsche Mittelstand bediente sich dafür, daß sich Herr Richter zu seinem Unwoll aufwirft. Die Gewerbefreiheit durfte sich nicht länger frei entwenden mit all ihren Auswirkungen und Schäden. Das deutsche Volk kann nach der Rebe des Abg. Brätz zu Hohenlohe froh sein, daß die Kanzlerwürde nicht erblich ist, sonst würden wir bald in den sozialdemokratischen Zukunftstaat gerathen. Sagt doch selbst die "Freisinnige Zeitung", daß dies eine Rebe war, wie sie nicht besser von einem Freisinnigen hätte gehalten werden können. Eine ganze Anzahl von Handelskammern stellt sich rücksichtslos auf unseren Boden. Die ganze liberale Partei hat die Herrlichkeit des Mittelstandes nie begriffen (Gesichter), und wird es auch niemals tun. Wir könnten Gott danken, wenn Leute durch ehrliche Arbeit heute noch so weit kommen, wie im Mittelalter. Herr Richter hat eben keine deutschen Kaufleute im Auge, sondern höchstens Orientalen, wie Herrn Herzberg in Dessau, dem fürstlich der Kommerzienratsherr genommen ist. Ich begrüße die Vorlage als den zuverlässigsten Baustein, um Christentum, Monarchie und Vaterland zu erhalten.

Abg. Dr. Hahn (liberal-konservativ-antisemitisch): Der Abg. Richter hat den Kaufmann, der im Laden auf Kunden wartet, mit Orientalen verglichen. Eher könnte man bei den Detailreisenden an den Orient denken. Der kleine Gewerbetreibende muß gegen die übermäßige Konkurrenz geschützt werden. Herr Richter hat uns einen geistigen Schaden über die Folgen des Gesetzes einzutragen ver sucht, aber bei seinem Beispiel mit dem Schneider aus Berlin und Charlottenburg hat er ganz den § 59 der Gewerbeordnung vergessen, wonach die landstädtischen Gebräuche berücksichtigt sind. Nur der Mangel des persönlichen Verkehrs mit den Bundesräten itali eden kann Herrn Richter bewogen haben, für den Weinreisenden einzutreten mit dem Bemerkten, daß auch die Bundesratsmitglieder daran interessiert sind. Ich glaube aber, daß diese ihren Weinbedarf bei renommierten Firmen ohne Kundschaft beziehen. Schon aus sozialpolitischen Rücksichten sollten wir für das Verbot des Detailreisens eintreten. Bedenken Sie nur wie sehr das Detailreisen die Wirtschaft unterstützt und wie viel Existenz dadurch in Schulden gerathen! Die Ausführungen des Prinzen Hohenlohe könnten uns fürchten lassen, daß der Vater eben so denkt. Aber ich fürchte das nicht, nachdem der einzige authentische Interpret der Ansichten des Bundesrates, Herr von Bötticher, sich gestern in einem Sinne geäußert hat, daß wir ganz beruhigt sein können.

Hierauf wird ein Antrag auf Schluß der Generaldebatte angenommen.

In der Spezialberatung wird Artikel 1 debattierlos angenommen.

Zu Artikel 2 (Verschärfung der Konzessionsbedingungen für Schauspielunternehmungen in dem Sinn, daß die finanzielle Zuverlässigkeit des Unternehmers geprüft und die Konzession für jedes einzelne Unternehmen neu eingeholt werden muß) bewertet, von der Rechten und dem Centrum mit grotem Vater empfangen

Abg. Beck (fr. Volksp.): Der Prinz Hohenlohe hat seine Ausführungen in der allgemeinen Erörterung ganz im Sinn seines Vaters gemacht. Durch den Paragraphen sollen alle Schauspielunternehmer unter ein unerträgliches Kuratel gestellt werden. Gerade die kleinen Unternehmungen führen ganz gute moralische Schauspiele auf, wie den "Till" und "Genovefa", und nicht moderne französische Ehebruchstücke. Redner polemisiert gegen die bekannten Auslösungen von Max Grube über das Bühnenwesen. Dieser betrachtet es als ganz richtig, daß all die armen Schauspieler der kleinen Unternehmungen auf den Sand gestellt werden. Im Gegensatz zu Grube hat der Rechtsanwalt Jonas darauf hingewiesen, daß man 1880 bei den Verhandlungen über dies Thema gesessen habe, wie sehr das Niveau des Reichstags gesunken sei. Was wird man erst über die Verhandlungen des Reichstages von 1896 sagen! Neben die finanzielle Zuverlässigkeit des Schauspiel-

unternehmers hat damals auch der Präsident von Schleemann geäußert, daß derselbe nicht Geld auf den Tisch zu legen habe; das richte sich nach den Erfahrungen des Unternehmens. (Die weiteren Ausführungen des Redners bleiben bei der wachsenden Unruhe des Hauses nahezu unverständlich).

Abg. Dr. Förster (Antl.) spricht seine Zustimmung zur jetzigen Fassung aus, doch sei eine Lücke insofern vorhanden, als die Polizei selber nicht in der Lage sei, den Unternehmer in artifizieller Hinsicht zu prüfen. Die Polizei werde sich einen lästlerischen Vertrath halten müssen.

Direktor im Reichsamt des Innern v. Wödtke empfiehlt die Annahme des Paragraphen, der die gegenwärtigen Zustände zu verbessern geeignet sei.

Der Artikel 2 wird gegen die Stimmen der Freisinnigen und Sozialdemokraten angenommen.

Die Fortsetzung der Debatte wird auf Mittwoch 2 Uhr vertagt. Schluß 5% Uhr.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

75. Sitzung vom 9. Juni, 11 Uhr.

(Nachdruck nur nach Uebereinkommen gestattet.)

Bu Ehren des verstorbenen Abg. Frhr. von Lcs erheben sich die Mitglieder von ihren Plätzen.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die erste Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend die Aufhebung der Hypothekenämter im Geltungsbereich des Rheinischen Kreises. Nach kurzer Debatte, an der sich die Abg. Mölle (nl.), Kirsch (fr.), Busch (kon.) und Justizminister Schönstedt beteiligen, wird der Entwurf an die Justizkommission verwiesen.

Der Vertrag zwischen Breuken, Oldenburg und Bremen über den weiteren Ausbau der Fabriken in der Außenweser wird nach kurzer Beratung durch den Abg. von Niepenhausen (kon.) in erster Lesung erledigt. Die zweite Beratung wird im Plenum stattfinden.

Der Gesetzentwurf, betreffend die Errichtung eines Amtsgerichtes in der Stadt Bünin wird in erster und zweiter Beratung erledigt.

Der Gesetzentwurf betreffend die Änderung von Amtsgerichtsbezirken. (Es handelt sich um die Orte Neu-Mittenwalde und Festenberg) wird nach kurzer Debatte an die Justizkommission verwiesen.

Es folgt die erste Beratung des Gesetzentwurfs betreffend die Aufhebung des Amtsgerichtes auf der Insel Pellworm. Dieselbe wird nach kurzer Debatte in zweiter Beratung gegen die Stimmen einiger Nationalliberaler und Freikonservativen angenommen.

Es folgt die zweite Beratung des Antrages v. Brockhausen, betreffend die Besteuerung der Waarenhäuser. Die Kommission hat folgende Resolution angenommen: Die Staatsregierung zu eruchen, einen Gesetzentwurf vorzulegen, nach welchem 1. von solchen gewerbesteuergünstigen Betrieben, welche als Großbetriebe in Anwendung auf den Detailverkauf (Kleinbetrieb) zu bezeichneten sind und Waaren verschiedener Gattungen im Kleinhandel in offenen Verkaufsstellen seilhalten oder im Wege des Verkaufes mittels Post, Eisenbahn oder sonstiger Verkehrsmittel an Konsumenten zum Verkauf bringen (Waarenhäuser, Bazare, Versandgeschäfte) neben der Gewerbesteuer eine besondere Betriebssteuer erhoben wird, 2. die Steuerpflicht bei einem jährlichen Ertrag von etwa mehr als 20 000 M. oder einem jährlichen Umsatz von etwa mehr als 200 000 M. beginnt, 3. die einzelnen WaarenGattungen gleich festgestellt werden unter Ausschluß der Produkte der Landwirtschaft, 4. die Steuer nach der Zahl der geführten WaarenGattungen, sowie nach dem jährlichen Umsatz aufsteigt, 5. die Steuer an Kommunalverbänden überwiesen wird.

Abg. v. Tschoppe (fr.): beantragt die Eingangswoorte der Resolution folgendermaßen zu fassen: Die Staatsregierung zu eruchen, gesetzgebende Maßnahmen zu erwägen, nach welchen v. s. w.

Abg. Richter (fr. Vp.): Eine so widersprüchsvolle Politik wie sie von der konservativen und der Centrumspartei in Bezug auf die Handelsbetriebe gefordert wird, ist mir überhaupt noch nicht vorgekommen. Hier will man die Konkurrenz der größeren Betriebe mit den kleinen erschweren und umgekehrt im Reichstage gehen dieselben Parteien darauf aus, die Konkurrenz der großen Betriebe durch das Verbot des Detailreisens zu stärken. Wenn man also die Pferde zu gleicher Zeit vor und hinter den Wagen. Diese Betriebe neu einzuführen sind vollständig, und es bleibt nichts übrig, als daß in beiden Fällen dem Publikum der billige und bequeme Bezug seiner Waaren erschwert oder unmöglich gemacht wird. Ein solcher Widerpruch kommt in drostischer Weise hier und im Reichstage gerade heute zum Ausdruck. Dieser Antrag steht auch im vollsten Widerpruch mit den Grundsätzen wirtschaftlicher Art, die sonst von diesen Parteien hoch gehalten werden. Wir hören jetzt überall, daß man darauf ausgehen müsse, die Produktion möglichst direkt an die Konsumenten zu bringen. Es wird vom Staate verlangt, daß er seinen Kredit hergibt, um große Lagerhäuser, Silos herzustellen, aus denen die Produzenten möglichst direkt den Konsumenten ihre Erzeugnisse verkaufen können. Wir lesen einen Ministerialbeschuß, der den Behörden empfiehlt, überall fördernd einzutreten, um den Bezug ihrer Waaren direkt von den Produzenten zu beziehen. Hier aber will man jetzt durch besondere Besteuerung auch jenem Theil der großen Betriebe, welche selbst Produzenten sind, ihren Kleinbetrieb erschweren oder unmöglich machen. Auf der einen Seite fordert man die Handwerker auf, sich zu Magazinengenossenschaften zusammenzutun, um auf diese Weise Vortheile eines größeren Umsatzes zu erzielen, und hier geht man darauf aus, auch den Genossenschaften selbst den größeren Umsatz durch eine höhere Besteuerung zu erschweren. Ebenso will man allen anderen großen Genossenschaften, durch welche die Konsumenten direkt vom Großstädten oder Produzenten beziehen, den Betrieb durch besondere Steuern unmöglich machen. Überall steht man sonst in konservativen Zeitungen Ausführungen über die Unproduktivität des Börsenhandels. Früher empfahlen die Konservativen sogar, den Kleinhandel konzessionspflichtig zu machen und nur nach Weißgabe des Bedürfnisses zuzulassen. Wir bekämpfen sie mit der Ausführung, daß, soweit der Kleinhandel nicht berechtigt sei, der Handel schon selbst überflüssige Güter ausscheiden würde. Ganz naturgemäß muß mit der Einwohnerzahl der Orte auch der Umsatz der einzelnen Geschäfte steigen. Die Ausbildung der Verkehrswege drängt ebenso zur Konzentration des Absatzes. Früher vollzog sich dieselbe in Form der Messen und Märkte. Diese sind jetzt mehr und mehr abgekommen; deshalb nimmt der Verkauf andere Formen an. Es ist nicht richtig, daß die Großbetriebe durch unlauteren Wettbewerb konkurrenzieren. Gerade der Großbetrieb setzt eine Motorität des Solidität voraus, sonst verliert er alsbald den nötigen Umsatz. Es ist durch die Enquête in der Ladenabschlusfrage auch nachgewiesen worden, daß die Angestellten in den großen Betrieben keineswegs schlechter, sondern besser gestellt sind. Nicht das Großkapital schafft die Überlegenheit, sondern nur die Raschheit des Umsatzes und die strenge Finanzierung der Waarenabnahme. Wir haben aber alle Urtheile, der Wirtschaft entgegen zu wirken. Gewiß ist es für die Betreffenden bedauerlich, wenn die Konkurrenz eines neuen großen Geschäfts in der Nachbarschaft einzelne Ladengeschäfte unrentabel macht. Das

ist aber nicht anders, als wenn eine neue Eisenbahn dem Bahnfuhrwerke eine andere Richtung anweist. Ebenso wie hier könnte man vorschlagen, der Fabrikstadtsche Schranken zu ziehen durch progressive Umsatzsteuern oder Befreiungsbahnen unmöglich zu machen zu Gunsten der Vorstädte. Auch die Markthallen haben die kleinen Handelsbetriebe nicht besiegt, weil es vielfach auf die unmittelbare Befreiung des Bedürfnisses aus nächster Nähe ankommt. Bei den großen Geschäften kommt es auf den schmalenmäßigen Betrieb an, die kleineren Geschäfte aber passen sich mehr dem individuellen Bedürfnis an. Deshalb sind die Detailreisenden so scharfe Konkurrenten der großen Bazare und ist es deshalb nach der anderen Seite unrecht, ihren Geschäftsbetrieb zu erschweren. Wir wünschen keinerlei Begünstigung des Großbetriebes in der Gesetzgebung, aber man hat auch kein Recht namentlich den minderwohlhabenden Klassen unmöglich zu machen, aus Großhandlungen Waaren zu beziehen, die sie dort vielleicht billiger haben können. Gerade solche Erwerbung eines billigen Bezuges arbeitet der Sozialdemokratie in die Zukunftssicherung zum Vorwurf, daß sie Baraten im Kleinhandel ernährt, welche den Preis um das Doppelte vertheuen. Seien Sie nur darüber die Schriften von Bebel und Bellamy. Ich habe immer entgegnet, daß alle Vorstädte, welche der sozialdemokratische Zukunftstaat den Konsumenten aus großen Waarenhäusern verspricht, schon in der heutigen Gesellschaftswelt möglich sind, wenn man dieselbe nur sich frei entwickeln läßt. Der Versuch, unter dem Deckmantel der Besteuerung die großen Waarenhäuser unmöglich zu machen, verhindert auch gegen die Reichsgewerbeordnung. In keiner Weise wollen wir die Ausnutzung des Großbetriebes. Von steuerlichem Gesichtspunkte aus soll derselbe zu allen Lasten für das Gemeinwohl in gerechter Weise herangezogen werden. Sosehr der Reinetrug des Geschäfts größer ist, muß auch die Steuer eine größere sein. Das gilt aber ebenso für alle großen Betriebe in den Gewerben. Sosehr Großbetriebe größere Vortheile aus den kommunalen Errichtungen haben, mag man sie bei der Konstruktion der Gewerbesteuer, weich: ja eine Kommunalsteuer ist, berücksichtigen. Die frühere Mietsteuer würde für Ladengeschäfte als Gewerbesteuer einen richtigeren Maßstab geben als die heutige Gewerbesteuer, natürlich mit einem geringeren Prozentsatz. Verwaltunglich ist auch vom steuerlichen Gesichtspunkt aus eine Besteuerung nach dem Umsatz, denn der größere Umsatz hängt nicht bloss ab von den Betriebsformen, sondern auch von der persönlichen Tüchtigkeit. Man würde also gerade eine Prämie legen auf die entgegengesetzten Eigenschaften. Eine Umsatzsteuer ist ebenso falsch, wie es seiner Zeit falsch war, von landwirtschaftlichen Produkten den Gehönten zu erheben. Die freikonservative Partei will den Kommissionsantrag mildern, indem sie denselben Regierung zur Erwägung übergeben. Aber zur Erwägung kann ich nur geben, was mir zweifelhaft erscheint, nicht was mir unzweifelhaft unrichtig erscheint. Doch mich drängt es, in den Reichstag zu kommen, um gerade dort die kleineren Betriebe davor schützen zu helfen, daß ihnen durch das Verbot des Detailreisens die Konkurrenz mit den Großbetrieben und Waarenhäusern erschwert wird. (Beifall links.)

Abg. v. Brochhausen (kon.): Der freikonservative Abg. Casselmann hat selbst einmal im Reichstag gesagt, daß etwas gegen die großen Waarenhäuser geschehen müsse. Ich berufe mich auf den Mann, der Deutschland groß gemacht und eine wahrhaft nationale Politik getrieben hat, auf den Fürsten Bismarck. Dieser hat im vorherigen Jahre bei dem Empfange der Handwerker auf die Schwäche der großen Waarenhäuser hingewiesen, die nur an Einzelkonsumenten das zahlten, was sie anderen kleinen Geschäften weggenommen hätten. Ebenso wie die Landwirte hätten auch die Handwerker das Recht, von der Regierung zu verlangen, daß sie gegen die zugelöste Güter, usw. und die ständige Massenproduktion geschützt würden. Die großen Waarenhäuser verkaufen nicht, wie der Abg. Richter meinte, von den Fabriken direkt an die Konsumenten, sondern sie laufen heute hier, morgen dort, wo sie es am billigsten bekommen. Die Resolution der Kommission erfüllt vor nicht alle unsere Wünsche, aber sie genügt uns vorläufig. Die großen Geschäfte breiten sich immer mehr aus und bilden den Produzenten die Preise. Wohin das Monopol solcher Geschäfte führt, zeigt der Bernsteinkrieg, in dem der Kommerzienrat Beder gesagt hat, daß die Beamten alles thäten, was er haben wollen. Die großen Waarenhäuser wirken noch um so schädlicher, da sie überall Filialen errichten. Eine Besteuerung der großen Waarenhäuser wird seine Wirkung nicht verfehlten und der Finanzminister, der die große Steuerreform so glücklich durchgeführt hat, wird auch schon ein solches Gesetz fertigstellen. Dem Beispiel Breukens werden hoffentlich die anderen Staaten im Reiche folgen. (Beifall rechts.)

Abg. v. Brochhausen (kon.): Der freikonservative Abg. Casselmann hat selbst einmal im Reichstag gesagt, daß etwas gegen die großen Waarenhäuser geschehen müsse. Ich berufe mich auf den Mann, der Deutschland groß gemacht und eine wahrhaft nationale Politik getrieben hat, auf den Fürsten Bismarck. Dieser hat im vorherigen Jahre bei dem Empfange der Handwerker auf die Schwäche der großen Waarenhäuser hingewiesen, die nur an Einzelkonsumenten das zahlten, was sie anderen kleinen Geschäften weggenommen hätten. Ebenso wie die Landwirte hätten auch die Handwerker das Recht, von der Regierung zu verlangen, daß sie gegen die zugelöste Güter, usw. und die ständige Massenproduktion geschützt würden. Die großen Geschäfte breiten sich immer mehr aus und bilden den Produzenten die Preise. Wohin das Monopol solcher Geschäfte führt, zeigt der Bernsteinkrieg, in dem der Kommerzienrat Beder gesagt hat, daß die Beamten alles thäten, was er haben wollen. Die großen Waarenhäuser wirken noch um so schädlicher, da sie überall Filialen errichten. Eine Besteuerung der großen Waarenhäuser wird seine Wirkung nicht verfehlten und der Finanzminister, der die große Steuerreform so glücklich durchgeführt hat, wird auch schon ein solches Gesetz fertigstellen. Dem Beispiel Breukens werden hoffentlich die anderen Staaten im Reiche folgen. (Beifall rechts.)

Abg. Hausmann (nl.): Leider findet sich in dem Kommissionsbericht keine Begründung der Resolution. Die Forderungen sind so dehnbar und so inhaltlos, daß ein Gesetzgeber wenig daraus machen kann. Wie soll man z. B. die Geschäfte besteuern, die sich zugleich mit Großbetrieb und Kleinbetrieb befassen? Wie will man die Filialen dieser Geschäfte behandeln? Da Ausnahmen nicht vorsehen sind, so wird für manche Geschäfte geradezu eine Exportprämie eingeschafft. Glauben Sie denn, daß man den Umsatz eines Geschäfts feststellen kann? Solche Waarenhäuser sind doch fast durchweg aus kleinen Anfängen entstanden, man soll ihnen deshalb keine Grenzen ziehen, über die sie nicht hinaus können. Von diesem Gesetz würden die großen Geschäfte unserer Nachbarstaaten, namentlich aber Paris und London profitieren. Wenn man vollen Steuer nach der Menge der WaarenGattungen bemessen will, die die Geschäfte führen, so würden manche Geschäfte im höchsten Grade geschädigt werden. An dem Bestehebleiben der großen Bazare haben auch viele kleinere Geschäfte in der Provinz ein lebhaftes Interesse. Die Betriebssteuer würde nur die reellen Geschäfte treffen, die unrealen würden Mittel und Weg finden, um den gesetzlichen Bestimmungen zu entsagen. Es ist nicht angebracht, die kleinen Geschäfte dadurch zu schützen, daß man die großen einschließlich tödlich schlägt. Ich werde deshalb mit dem größten Theil meiner Freunde gegen die Resolution stimmen.

Abg. Tschoppe (fr.) erklärt, daß seine Partei der Resolution zustimmen wird, wenn sein Antrag angenommen würde, nach welchem die Regierung nur ersucht wird, gesetzgeberische Maßnahmen zur Besteuerung der großen Waarenhäuser zu erwägen.

Gegen Einzelheiten habe seine Partei Bedenken, so z. B. gegen die Ausnahme zu Gunsten der Landwirtschaft. Es ist sonderbar, daß der Abg. Richter, der sonst immer das Interesse des kleinen Mannes wahrzunehmen vorgiebt, sich dem Grundgedanken der Resolution widersetzt, die doch dem kleinen Manne zu Hilfe kommen will. Der Reichsgesetzeordnung widersprechen die Resolution in keiner Weise. Hoffentlich werde die Regierung in einer der nächsten Sessionen eine Vorlage im Sinne der Resolution einbringen.

Abg. Bueck (nl.) ist nicht in der Lage, der Resolution zuzustimmen, selbst dann nicht, wenn die vom Vorredner beantragte Abschwächung angenommen wird. Die Schädigung der kleinen Geschäfte durch die großen Waarenhäuser sei nur eine Phrase, man würde sich in Berlin in der Nähe der großen Waarenhäuser vergebens nach leer stehenden Bäuden umsehen. Schon die Rückicht auf den kleinen Mann verbietet es, diese Resolution anzunehmen. Man dürfe auch den großen Geschäften nicht den Vorwurf machen, daß sie ihr Personal schlecht behandeln; gerade das Gegenteil sei

ber Fall. Das Prinzip dieser Resolution sei das, daß derjenige, der durch Fleiß und Intelligenz es zu etwas bringt, durch die Gesetzgebung geschädigt wird.

Abg. Fuchs (Dr.): Die Leute, die den Grundsatz des Laissez faire, laissez aller predigen, proklamiren damit einfaß das Faustrecht im Konkurrenzkampf. Wer das Kapital hat, kann mit leichter Mühe die Konkurrenz vernichten, indem er sich an einem Orte festsetzt und ein Jahr lang unter dem Werthe verkauft. Die Macht des Kapitals ist so groß, daß ihm ganze Länder tributpflichtig werden; wir haben also alle Veranlassung, von Staats wegen hier einzugreifen, damit die wirtschaftliche Ordnung aufrecht erhalten wird. Ein gangbarer Weg hierzu ist in der Resolution in der abgeschwächten Form des Abg. v. Tschoppe gegeben.

Generaldirektor der direkten Steuern Geheimrat Burghart: Die Regierung hat bisher noch keine Stellung zu der Resolution genommen. Ich möchte mich nur gegen die Auffassung wenden, als ob die Besteuerung des Kapitals der geeignete Weg sei, um die Macht des Kapitals abzuschwächen. Die Regierung ist fleißig bereit, dem wirtschaftlichen Schwachen zu Hilfe zu kommen, es fragt sich nur, ob dies durch Steuermöglichkeiten ermöglicht werden kann. Durch die progressive Einkommensteuer haben wir ja schon die höhere Leistungsfähigkeit der Großbetriebe berücksichtigt. Man darf also in der Besteuerung der Großbetriebe nicht ins Unrechtmäßige gehen. Wir haben ja auch bei der Grundsteuer keinen Unterschied zwischen großen und kleinen Besitzern gemacht. Vielleicht läßt sich auf kommunalem Wege das ersehnte Ziel erreichen. Es ist doch nicht möglich, durch Einführung einer Steuer, und namentlich einer Landesteuer, zu verhindern, daß die Großen noch größer und die Kleinen noch kleiner werden. Das kann nur Sache des Reichs sein, denn wohin sollte es führen, wenn jeder Staat in die dem Reich zustehenden Befugnisse eingreift? Es versteht sich von selbst, daß die Regierung, wenn Sie den Antrag annehmen, denselben mit voller Loyalität prüft.

Abg. Gothein (Dr. Bergg) wendet sich gegen das Verteilen, zu viel unnötige Gesetze zu schaffen; auch dieses Gesetz sei völlig überflüssig. Man rede den Leuten immer vor, daß der Staat alle Leiden bessern kann. Daburch erregt man nur Unzufriedenheit. Der Abg. Brochhausen solle zunächst seinen Einfluß geltend machen, um die Schäden abzuwenden, die durch die großen Warenhäuser für Beamte und Offiziere mit ihrem Umlauf von 6 Millionen vorgerufen werden. Wenn man überhaupt einmal auf die abschaffende Bahn der Tendenzgesetzgebung kommt, so kann ja eines Tages der Reichstag eine progressive Grundsteuer einführen, die den Großgrundbesitz vernichtet. Wir wollen ein gleiches Recht für alle, jeder soll nach seiner Leistungsfähigkeit herangezogen werden, aber der Staat hat nicht die Aufgabe, dem einen zu nehmen und dem andern zu geben.

Die Resolution wird mit der Aenderung Tschoppe angenommen. Dafür stimmen die Konservativen, das Centrum, die Freikonservativen mit wenigen Ausnahmen und einige Nationalliberalen.

Nächste Sitzung: Mittwoch 11 Uhr. (Denkschriften, Petitionen.)

Deutschland.

Berlin, 9. Juni. [Einen bedauerlichen Beschuß] hat die Kommission für das Bürgerliche Gesetzbuch aufrecht erhalten. Danach soll, entgegen dem Entwurf, Geisteskrankheit nicht als Scheidungsgrund gelten. Das Centrum hat sich indessen in Bezug auf das Eherecht als so verständig erwiesen, daß man die Hoffnung nicht aufzugeben braucht, es werde der Regierung noch gelingen, die Fraktion im Plenum zum Nachgeben in dieser wichtigen Frage zu bestimmen. Da die „bürgerliche Ehe“ nach Herrn Liebers Worten „die kirchliche Ehe weder ist noch ersehen will“, so braucht das kanonische Recht hier nicht maßgebend zu sein.

Der Kaiser kam heute früh zu Pferde vom Neuen Palais nach dem Bornstedter Felde und besichtigte dort das 1. und 3. Garde-Ulanen-Regiment. An der Spitze der Regimenter hatte sich eine Abordnung des St. Petersburger Leib-Garde-Regiments Friedrich Wilhelm III. aufgestellt, welche zur Beglückwünschung des Kaisers anlässlich des heutigen 25. Jahrestages des Eintrittes des Kaisers in das Regiment erschienen ist. Nach dem Paradermarsch setzte sich der Kaiser an die Spitze der Truppen, hielt hierauf unter Buziehung des Garde-Jäger-Bataillons eine Gefechtsübung ab, führte sodann nach dem Vorübermarsch das 3. Garde-Ulanen-Regiment nach Potdam und nahm das Frühstück bei dem Offizierkorps des 3. Garde-Ulanen-Regiments ein. — Abends stand im Neuen Palais eine Tafel von 52 Gedecken statt, an der auch die Kronprinzen von Italien und von Dänemark, die Offiziere der russischen Deputation und andere teilnahmen. Nach dem vierten Gange erhob sich der Kaiser zu einem Trinkspruch auf den Kaiser von Russland:

Der Kaiser erinnerte daran, daß er heute vor 25 Jahren in das russische St. Petersburger Leib-Garde-Regiment König Friedrich Wilhelm III. eingetreten sei und daß er mit Stolz und Freude an die Worte zurückdene, welche damals Kaiser Alexander II. an ihn gerichtet habe. Auch heute sei er von Dank erfüllt gegen den jetzt regierenden Zar, von dem er heut ein Glückwunschtelegramm erhalten habe, worin ihm Kaiser Nikolaus angezeigt, daß er den ältesten Sohn des Kaisers, den Kronprinzen Friedrich Wilhelm, à la suite des Petersburger Leib-Garde-Regiments gestellt habe. Er trinke auf das Wohl des Kaisers Nikolaus II. des Hess dieses Regiments.

Der Kaiser trug bei der Tafel russische Uniform.

L. C. Bei der Berathung des Gesekentwurfs über das Vereins- und Versammlungswesen hat Staatssekretär v. Bötticher erklärt, der Bundesrat werde auf Grund der Beschlüsse zweiter Berathung zu dem Gesekentwurf Stellung nehmen. Wie wir hören, wird der Bundesrat in den nächsten Tagen über die Reichstagsbeschlüsse in Berathung treten.

Wie der „Reichsanzeiger“ meldet, trat der Ausschuß zur Untersuchung der Wasserverhältnisse in den Überschwemmungsgefahren besonders ausgesetzten Flussgebieten am 5. d. Mts. zu einer Sitzung zusammen. Der Ausschuß konstatierte die Übereinstimmung der Ansichten von sämtlichen Mitgliedern betreffs des Beantwortungsberichtes der Unterkommission über die Ursachen der neuerlichen Überschwemmungen, über die bisherige Verfolgung des Systems bei der Regulirung und Kanalirung der preußischen Flüsse und über eventl. Änderung dieses Systems. Der Bericht wird

numehr dem Staatsministerium und durch dieses Allerhöchsten Orts vorgelegt und die Genehmigung und Veröffentlichung nachgesucht werden. Nach dem Stande der Vorarbeiten ist zu hoffen, daß die hydrographischen, wasserwirtschaftlichen Beschreibungen für die Elbe nach Jahresfrist, für die Weichsel und die Memel im Jahre 1898 und für die Weser in dem darauf folgenden Jahre zur Vollendung kommen werden.

Offiziös wird nunmehr bezüglich der vielerwähnten Voragine in Nanking folgendes kundgethan:

Nach amtlichem Berichte aus Peking hat Unteroffizier Krause in Nanking bei einem Angriff, welchen alte Truppen auf neu wegen Benutzung des Exerzierplatzes unternommen, eine nicht lebensgefährliche Stichwunde erhalten; im Übrigen sind nur Einzelne verwundet worden. Trotz Proklamation des Generalgouverneurs und der getroffenen Schutzmaßregeln kam es am 4. d. M. zu einem neuen Blasphemie. Das Chungtien-Damenbad hat dem deutschen Gesandten umgehende strenge Bestrafung der Schuldbigen zugesichert. Der Kommandant von S. M. Brünzels Wilhelm wird Schutzmaßregeln des Generalgouverneurs, wenn nötig, militärisch unterstüzen.

In der Angelegenheit des enq. in Korreipoon befindet sich auf Balfour's Befehl es, es sei zur Ermittlung bestimmt. Beamten, welcher die Angelegenheit der Presse übergeben hat, ein Verfahren eingeleitet worden. In dieser Angelegenheit sei auch heute der Staatssekretär Dr. v. Stephan auf dem Haupt-Telegraphenamt erschienen. — Die Nord. Abg. Haag erklärt alle diese Angaben für erfunden und sagt hinzu, daß in der gebrochenen Angelegenheit überhaupt vielfach entstellte Nachrichten in die Düsseldorfer Zeitung gebracht worden sind, von denen der wirkliche Sachverhalt sehr erheblich abweicht. Eine Richtigstellung werde demnächst erfolgen.

Wie die „Kölner Volkszeitung“ meldet, werden auch in diesem Jahre die preußischen Bischöfe in Fulda zu einer Konferenz zusammenkommen, und zwar am 18. August.

* Nürnberg, 9. Juni. Gestern Nachmittag gegen 4¹/₂ Uhr trafen etwa hundert Mitglieder der bayerischen Abgeordnetenkammer sowie die Minister Frhr. v. Crailsheim, Frhr. v. Heßlich, Frhr. v. Leonrod und Frhr. v. Asch zum Besuch der bayerischen Landesausstellung ein.

* Hamburg, 9. Juni. Die „Institution of Naval Architects“ hält heute Vormittag 10 Uhr eine geschäftliche Sitzung ab. Die Begrüßungsrede an die Mitglieder hält Bürgermeister Dr. von Deckberg in deutscher Sprache. Er gab einen historischen Überblick über die Beziehungen Hamburgs zu England und gab am Schlusse seiner Rede der Genugthuung Ausdruck, daß die „Institution“ ihre Schritte nach Hamburg gelebt habe. Der Ansprach folgten donnernde Cheers und Händelatzen. Die Rede des Bürgermeisters wurde sodann von dem Sekretär Mr. Homes englisch verlesen und mit abermaligen lauten Cheers aufgenommen. Der Präsident der „Institution“ Earl of Hopetoun hält dann eine längere beispielhaft aufgenommene Ansprache, in welcher er besonders betonte, daß die „Institution“ als eine internationale, keineswegs als eine rein englische Gesellschaft zu betrachten sei, und seinen herzlichen Dank für den freundlichen Empfang in Hamburg ausprach. Hieraus verlas Sekretär Homes einen Vortrag Franz Andreas Meyers über: The maritime position and the principal factors on the port of Hamburg, während Oberingenieur Meyer auf zahlreichen Karten und Plänen die betreffenden Punkte zeigte. Darauf sprach das Mitglied der „Institution“ Leiss über: shipbuilding in Germany, schließlich das Mitglied Mr. Lionel Clark über: recent improvements in docks and docking appliances. Am Schlusse der Versammlung begann die Rundfahrt der Teilnehmer durch das Krebsengedierte; daran schloß sich ein Frühstück im Fährhaus und sodann eine Fahrt durch die Stadt und um das Alsterbeden. Nach 6 Uhr Abends erfolgte auf dem Ballerischen Dampfer „Prinzessin Heinrich“ die Abfahrt der Gäste nach Blankensee, wo sie festmahl stattfand. Nebenall am Ebufer wurde Feuerwerk abgebrannt; die Elbe war mit Bassinierbooten bedeckt, die das herrliche Schauspiel betrachteten. Morgen früh um 9 Uhr 45 Min. erfolgt die Abfahrt mittels Sonderzuges nach Berlin, wo die fremden Gäste um 2 Uhr eintreffen werden.

Polen.

Posen, 10. Juni. * Einen Schulausflug nach dem Viktoriapark unternahmen heute Morgen die Mädchenschulen in der 6. Stadtschule auf St. Martin. Unter Vorantritt einer Musikkapelle marschierte die Schaar, zu dreien nebeneinander geordnet, gegen 9 Uhr aus. Vor je einer Abteilung wurde von einem größeren Kind eine Fahne getragen, welche Ehrenamt die Auserwählten erzielten Welse mit hoher Befriedigung erfüllte. Auch Angehörige der Kinder begleiteten den Zug schon, der durch die hellfarbigen Kleidchen und fröhlichen Gesichter erfreulich anzusehen war. Wir wünschen den Kindern gut Wetter.

n. Besitzwechsel. Das Grundstück Schützenstraße 20 ist von Fräulein Therese Szulczenko, Neuestraße 6 wohnhaft, angelaufen worden.

n. Unglücksfall. Auf einem Neubau auf der Schneekoppe in Wilda stürzte gestern ein Zimmergelle aus der Höhe des ersten Stockes herab und verletzte sich hierbei anscheinend nur leicht, wurde aber doch in das Diakonissenhaus gebracht.

Aus der Provinz Posen.

* Schneidemühl, 9. Juni. Zur Auflärung des Streites an dem Pfarrer Woda in Friedheim sind alle Ermittlungen bisher erfolglos gewesen. Deshalb wird von dem Ersten Staatsanwalt des hiesigen Landgerichts folgende Bekanntmachung erlassen: „Es wird von mir in Erinnerung gebracht, daß seitens des Herrn Regierungs-Präsidenten zu Bromberg auf die Ermittlung des Thäters, welcher am 1. Septbr. 1895 zu Friedheim den Probst Woda durch Verbringung von Strychnin getötet hat, eine Belohnung von 600 Mark ausgesetzt worden ist.“ Schriftliche oder mündliche Mitteilungen nimmt der Erste Staatsanwalt des Königlichen Landgerichts zu Schneidemühl entgegen.

Aus den Nachgebieten der Provinz.

* Pleß, 9. Juni. [Ein furchtbare Unwetter] entlud sich gestern über Kostrzyn, Kreis Pleß, und die Umgegend. Nachmittags um die 3. Stunde brach ein schweres Gewitter los, begleitet von einem Wolkenbruch. Dieser hielt nur eine halbe Stunde an, brachte aber jedoch ungeheure Wassermengen mit, daß in kurzer Zeit die in den Thälern der Nachbardörfer gelegenen Häuser unter Wasser standen. Die Dämme der Teiche sind durchbrochen, viele Bäume und die meisten Brücken wurden fortgerissen. Die meist aus ehemaligen Teichen gebildeten Wiesen sind dick mit Schlamm bedeckt.

Telegraphische Nachrichten.

Wien, 9. Juni. Der Kaiser genehmigte, wie das „Militärverordnungsblatt“ meldet, die Aufstellung von vier weiteren bosnisch-herzegowinischen Infanterie-Kompanien und vier Bataillonsstäben im Herbst 1896.

Semberg, 9. Juni. Hier wurde ein als Arbeiter verkleideter Russe wegen Spionage verhaftet. Er soll Hauptmann sein.

Budapest, 9. Juni. Im Budgetausschuss der österreichischen Reichsraths-Delegation gab der Minister des Auswärtigen Goluchowski ein Gespräch über die auswärtige Politik, in dem u. a. gesagt wird:

Wir dienen dem Interesse des Friedens, als wir gleichzeitig den festen Eidschluß beobachten, den status quo auf der Balkanhalbinsel aufrecht zu erhalten. Außerdem glauben wir den Dank und die Erkenntlichkeit der Türkei beanspruchen zu können; möge diese Erkenntlichkeit darin bestätigt werden, daß die Türkei sich um die Herbergsführung erträglicher Zustände ihrer Provinzen aufrecht gehalten bemüht und Vorkehrungen trifft, welche das Vertrauen Europas in ihre Lebensfähigkeit rechtfertigen können, sonst werden ihre besten Freunde, zu welchen auch wir gehören, sie vor dem schlieblichen Niedergang nicht behüten können.

In Bezug auf Serbien erklärte der Minister:

Dieses Land ist innerlich so zerstört und wandelt so unschöne Wege, daß seine Freunde die Entwicklung der letzten Jahre nur bedauern können. Man hat in Belgrad Neigung, andere für eigene Verdienste verantwortlich zu machen, verkennt aber die daraus entspringenden Gefahren.

Der Minister warnte vor einer Vorgangsweise, welche die öffentliche Meinung in Serbien irreführen könnte und nur schließlich geeignet wäre, das aufrichtige Wohlwollen für die Serben sehr zu vermindern. Diese Auslassungen des Ministers rufen in diesen Finanzkreisen große Unruhe hervor. Man befürchtet, daß die Situation in der Türkei und Serbien eine derartige ist, daß Goluchowski sich veranlaßt gefehlt hat, auf wahrscheinliche baldige Aufruhr der orientalischen Frage vorzubereiten. — Auf eine Anfrage, ob der Dreiecksbund erneuert worden sei, erwiderte Goluchowski, daß der Dreiecksbund nicht erneuert sei, sondern fortlaufe.

Paris, 9. Juni. In Erwidung der Botschaft des deutschen Kaisers gelegentlich des Todes Jules Simons hat der Präsident Faure an den Kaiser ein Telegramm folgenden Wortlauts gerichtet:

Frankreich wird empfänglich sein für die Gefühle, deren Ausdruck Eure Majestät aus Anlaß des Todes eines seiner ausgezeichneten Söhne an mich gelangen ließen. Ich bitte Eure Majestät, den Ausdruck meines vollsten Dankes entgegenzunehmen. Felix Faure.

Die angebliche Depesche des Kaisers Wilhelm an die Familie Jules Simons erweist sich als eine Mistifikation. Die „Agence Havas“, die den Blättern die gefälschte Depesche übermittelte hatte, bringt nachstehende Note:

Wir ließen gestern Nacht den Blättern eine Note angehen, in welcher wir dieselben erläutern, die Mitteilung betreffend einer angeblichen Depesche des Kaisers Wilhelm an die Familie Jules Simons nicht zu veröffentlichen. Diese apokryphe Mitteilung, um deren Veröffentlichung wir ersucht worden waren, trug die Unterschrift des Dr. Marcus Rey, eines Arztes, welcher Jules Simon behandelt hatte, und war uns mittelst einer Depesche zugegangen, deren Original wir der Staatsanwaltschaft vorlegen werden, bei welcher wir eine Klage einreichen.

Im Senat hielt Präsident Douhet eine Ansprache zum Gedächtnis Jules Simons. Die Kreditforderung für die Bestattung Simons auf Kosten der Republik wurde hierauf vom Senate angenommen und alsdann die Sitzung zum Beichen der Trauer geschlossen.

Bordeaux, 9. Juni. Der schwedische Dreimaster „Axel Wastie“ hatte am 5. d. Mts. an der spanischen Küste einen Zusammentreffen mit dem belgischen Dampfer „Prinzessin Clementine“, welcher auf der Fahrt von Genua über Civitavecchia nach Antwerpen begriffen war. Die Besatzung des „Axel Wastie“ wurde von dem französischen Dreimaster „Rhône“ aufgenommen und kam heute hier an, während die Besatzung der „Prinzessin Clementine“ von einem anderen Dampfer aufgenommen wurde.

Madrid, 9. Juni. In der gestrigen Kammergesetzgebung protestierte der Abgeordnete für Barcelona gegen das Attentat in Barcelona. Der Finanzminister erklärte, die Regierung werde mit äußerster Strenge gegen die Attentäter und deren Mithilfende vorgehen. Eine Entrüstungsresolution gegen die Attentäter und eine Befreiungskundgebung für die Opfer der Katastrophe wurde angenommen.

Havana, 9. Juni. Gestern Abend 11 Uhr griffen die Aufständischen die Stadt Guanabacoa bei Havanna an, zogen sich aber, nachdem sie ein Haus in Brand gesteckt hatten, wieder zurück.

London, 9. Juni. Der Staatssekretär für die Kolonien, Chamberlain, eröffnete heute im großen Saale der Korporation der Spezereiwarenhändler der City von London den Kongress der Handelskammern des britischen Reiches. Chamberlain drückte in einer Begrüßungsansprache an die Delegierten seine Freude darüber aus, in der Versammlung die Vertreter der ferneren Kolonien als einen zuverlässigen Beweis für die Einheit des Reiches zu sehen. Niemals seien die Aussichten günstiger gewesen, als zur Zeit, aber alle Vorschläge für eine engere Verbindung zwischen den Kolonien und dem Mutterlande seien unbedeutend im Vergleich zu den Vorschlägen, welche darauf ausgingen, eine Handels-Union des Reiches zu schaffen. Letzteres sei der Zweck der Berathungen des Kongresses.

Konstantinopel, 9. Juni. Bei Kotsamo auf Kreta hat ein Geschäft zwischen den türkischen Truppen und den Aufständischen stattgefunden, bei welchem beide Theile Verluste erlitten. Die Aufständischen flüchteten hierauf in das Gebirge. Da der gleichnamige westliche Bezirk von Kreta sich bisher ruhig verhielt, floß diese Meldung einige Besorgniß ein. Die Meldung des türkischen Gesandten in Athen, daß die griechische Regierung die Intervention aller Großmächte nachgesucht habe, beeinträchtigt in den Kreisen der Pforte. Vorgestern und gestern haben im Yildiz-Kiosk Ministerberathungen stattgefunden. In türkischen Kreisen wird versichert, die Pforte sei zur energischen Niederwerfung des Aufstandes entschlossen. Einige Beunruhigung herrscht wegen der Haltung derjenigen auf Kreta neu eingetroffenen Truppentheile, welche aus Zeitungen dorthin dirigiert wurden, da dieselben

